

**Pressestelle
des Verwaltungsgerichts
des Saarlandes**



66740 Saarlouis, 30.05.2022

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116

Herr Haus 06831 – 447-168

Telefax: 06831 – 447-163

Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau Juni 2022

Verwaltungsgericht des Saarlandes

Die Liste gibt einen vorläufigen Überblick - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - über die öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichts. Sie ist - gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminänderungen - auf der Homepage des Verwaltungsgerichts unter www.vgds.saarland.de nachzulesen.

01.06.2022	Sitzungssaal I
09:00 Uhr 5 K 1399/19 M.D. – RA'in Sabine Aalbers - ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:00 Uhr 5 K 68/20 M.N. – RAe Adam und Dahm ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:00 Uhr 5 K 76/20 B.N. – RAe Adam und Dahm ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:00 Uhr 5 K 470/20 E.N. – RAe Adam und Dahm ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
Die ab 09:00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Asylklagen afghanischer Staatsangehöriger.	

02.06.2022	Sitzungssaal I
09:15 Uhr 6 K 239/20 R. u.a. – RAe Adam und Dahm ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	

10:15 Uhr

6 K 542/20

E. – RAe Dr. Neumeier & Nobert ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Die beiden Verfahren betreffen Klagen von Asylbewerbern aus dem Iran.

03.06.2022

Sitzungssaal I

10:00 Uhr

3 K 1407/19

B. – RAe Staab & Kollegen ./ Regionalverband Saarbrücken

Mit der Klage werden gegen den Beklagten Ansprüche wegen Nichtberücksichtigung in der von diesem in den Jahren 2017 und 2018 erfolgten Budgetvergaben für die Durchführung von ambulanten Erziehungshilfen und Eingliederungshilfen geltend gemacht.

03.06.2022

Sitzungssaal II

10:00 Uhr

1 K 726/20

M. – RA Loch ./ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen die Rücknahme, Neufestsetzung und teilweise Rückforderung zuvor bewilligter Zuwendungen gemäß der „Soforthilfe Corona“-Richtlinien.

08.06.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

6 K 614/20

T. – RA'in Lang ./ Landesverwaltungsamt - Zentrale Ausländerbehörde -

Der Kläger, ein indischer Staatsangehöriger, reiste im Mai 2022 in die Bundesrepublik Deutschland ein. Nach der Geburt seiner beiden, im Dezember 2004 und November 2008 geborenen deutschen Kinder erhielt der Kläger eine befristete Aufenthaltserlaubnis, die zuletzt bis Januar 2016 verlängert worden war. Im Jahr 2018 wurde der Kläger wegen Totschlags zu einer Freiheitsstrafe von 11 Jahren verurteilt, die er derzeit verbüßt. Aufgrund dessen wurde er von dem Beklagten aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage und begehrt zudem die Verlängerung seiner Aufenthaltserlaubnis. Er beruft sich darauf, dass es sich bei der von ihm begangenen Straftat um eine Beziehungstat im Affekt gehandelt habe und zukünftig von ihm keine Gefahr mehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehe. Zudem überwiege sein individuelles Bleibeinteresse das Interesse an seiner Ausweisung.

09:30 Uhr

6 K 823/21

C. – RA'in Barbara Lang - ./ Landesverwaltungsamt - Zentrale Ausländerbehörde -

Der Kläger ist marokkanischer Staatsangehöriger und reiste im August 2012 erstmals zum Zwecke des Studiums in die Bundesrepublik Deutschland ein. Nach der im Jahr 2015 erfolgten Eheschließung mit einer deutschen Staatsangehörigen wurde ihm eine zuletzt bis

Januar 2020 befristete Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug erteilt. Nachdem der Kläger mit Urteil des Landgerichts Saarbrücken vom 08.10.2019 wegen bandenmäßigen unerlaubten Handelstreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in 13 Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 6 Jahren verurteilt worden war, wies der Beklagte den Kläger aus der Bundesrepublik Deutschland aus und lehnte seinen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ab. Dagegen wendet sich der Kläger und beruft sich darauf, dass er z.Z. eine Drogentherapie absolviere, nach deren Abschluss keine Wiederholungsgefahr mehr bestehe. Zudem sei die Ausweisung vor dem Hintergrund der bestehenden familiären Lebensgemeinschaft mit seiner deutschen Ehefrau und seinem deutschen Kind nicht verhältnismäßig.

10.06.2022	Sitzungssaal I
09:30 Uhr 6 K 134/20 A. – RA Inan Yavuz - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:30 Uhr 6 K 175/12 A. ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen türkischer Staatsangehöriger.	

13.06.2022	Sitzungssaal I
09:00 Uhr 6 K 1450/20 K. – RAe Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
10:10 Uhr 6 K 847/20 K. u.a. - RAe Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
11:15 Uhr 6 K 238/21	
Die ab 09:00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Klagen von Asylbewerbern aus der Türkei.	

22.06.2022	Sitzungssaal I
09:15 Uhr 5 K 1379/20 H. - RAe Stopp, Pick & Kollegen -./.. Landkreis St. Wendel - Untere Bauaufsichtsbehörde -	
Die Kläger begehren die Aufhebung der ihnen gegenüber ergangenen Nutzungsuntersagung, mit der ihnen aufgegeben wurde, nicht mehr als 3 Hunde auf ihrem Wohngrundstück zu halten.	
10:00 Uhr 5 K 37/22 S. ./.. Bürgermeister der Stadt Bexbach – RAe Rapräger –	

Der Kläger begehrt die Genehmigung für den Betrieb einer Schießanlage für Airsoftsport.

10:30 Uhr

5 K 834/20

W. - RAe Francois & Kollegen - ./ Landesamt für Verbraucherschutz

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen eine tierschutzrechtliche Anordnung, mit der ihm das Halten und die Betreuung von Rindern untersagt wurde.

10.30 Uhr

5 K 838/20

W. – RAe Francois & Kollegen ./ Landesamt für Verbraucherschutz

Der Kläger ficht eine tierschutzrechtliche Kostenforderung für die Wegnahme sowie Drittpflege von 2 Kühen und 2 Kälbern an.

11:30 Uhr

5 K 1051/20

C. ./ Regulierungskammer für das Saarland

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Aufhebung eines Gebührenbescheides.

12:15 Uhr

5 K 986/20

O. u.a. ./ Ministerium für Bildung und Kultur

Die Klägerinnen begehren mit ihrer Klage die Feststellung, dass sie in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt wurden, indem der Beklagte Inhalte aus privatrechtlichen Verfahren an ihren Arbeitgeber, die Staatskanzlei des Saarlandes, weitergeleitet hat. Außerdem begehren sie von dem Beklagten Unterlassung.

23.06.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

3 K 922/20

S. – RA Marco Loch - ./ Universität des Saarlandes – Amt für Ausbildungsförderung -

Streitgegenstand des Verfahrens ist die Frage, ob die beklagte Universität den Antrag des Klägers auf Gewährung von Ausbildungsförderung für sein im Wintersemester 2019/20 aufgenommenes Studium der Fachrichtung Psychologie zu Recht deshalb abgelehnt hat, weil das anzurechnende Einkommen den Gesamtbedarf des Klägers übersteigt.

10:30 Uhr

3 K 1529/20

B. – RA Thorsten Ruppert ./ Studentenwerk Saarland e.V. -Amt für Ausbildungsförderung-

Die Klägerin wendet sich mit ihrer Klage gegen die Rückforderung ihr gewährter Ausbildungsförderung in Höhe von 5.172,-- €. Streitig ist die Berechnung des der Klägerin zustehenden Förderungsbetrages.

11:30 Uhr

3 K 758/20

S. ./ Landrat des Saarpfalz-Kreises – Wohngeldstelle -

Mit ihrer Klage begehrt die Klägerin die Bewilligung von Wohngeld ab Oktober 2019.

24.06.2022

Sitzungssaal I

09:30 Uhr

1 K 765/20

M. – RAe Dr. Neumeier & Nobert - ./ Ministerium für Inneres, Bauen und
- Einbürgerungsbehörde -

11:00 Uhr

1 K 1395/20

M. – RA'in Brigitte Nowall - ./ Ministerium für Inneres, Bauen und Sport
- Einbürgerungsbehörde -

Die Kläger beider Verfahren, ein syrischer und ein libanesischer Staatsangehöriger, begehren die Einbürgerung in den deutschen Staatsverband.

27.06.2022

Sitzungssaal I

08:30 Uhr

3 K 1409/20

I. – RAe Dr. Neumeier & Nobert - ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Dem Kläger wurde bereits in Griechenland internationaler Schutz zuerkannt. Gegenstand des Klageverfahrens ist die Frage, ob der Kläger im Rahmen der sog. Drittstaatenregelung nach Griechenland zurückgeführt werden kann oder ob die dortigen Verhältnisse dies unter Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisse nicht zulassen.

09:00 Uhr

3 K 377/20

A. – RA. Sidney Eibes ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Der Kläger, ein syrischer Staatsangehöriger, wendet sich mit seiner Klage gegen den Widerruf seiner Flüchtlingsanerkennung sowie die Ablehnung der Zuerkennung subsidiären Schutzes auf Grund seiner strafgerichtlichen Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde.

10:15 Uhr

3 K 1489/21

A. - RAe Ledertheil & Kundert-Bolz ./ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Verfahren betrifft die Asylklage eines syrischen Staatsangehörigen.

11:15 Uhr

3 K 436/21

S. u.a. ./ Gemeinde Mettlach

Die Kläger begehren mit ihrer Klage die Aufhebung eines Grundsteuerbescheides. Sie sind der Auffassung, dass die Bemessungsgrundlage, hier der Einheitswert, gemäß dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10.05.2017 verfassungswidrig sei. Die Erhöhung des Hebesatzes um 70 Prozentpunkte durch die beklagte Gemeinde sei nicht statthaft, da diese im Vergleich zu anderen saarländischen Gemeinden einen besonders hohen Hebesatz verzeichne. Ferner sei die Veröffentlichung der rückwirkenden Erhöhung der Hebesätze bereits vor Zustimmung der Kommunalaufsicht erfolgt.

29.06.2022

Sitzungssaal I

09:00 Uhr

2 K 23/20

S. - RAe Rapräger./ Landesamt für Zentrale Dienst - Zentrale Besoldung- und Versorgungsstelle -

Die Beteiligten streiten um die Zahlung eines Familienzuschlags für ein Kind, welches anteilig bei beiden Elternteilen lebt.

09:45 Uhr

2 K 2/20

L. – RAe Rapräger ./ Landespolizeipräsidium

Der Kläger, ein Polizeibeamter, begehrt mit seiner Klage die Anerkennung eines Dienstunfalls. Bei dem Versuch, eine im Dienstraum befindliche Uhr zu reparieren, bzw. eine verbogene Klemmfeder in deren Batteriefach zu richten, verletzte er sich mit dem dabei eingesetzten Klappmesser durch einen tiefen Schnitt in den kleinen Finger der rechten Hand. Die Beteiligten streiten darüber, ob der Körperschaden entsprechend der gesetzlichen Voraussetzung für die Anerkennung eines Dienstunfalls in „in Ausübung oder in Folge des Dienstes“ eingetreten ist.

10:30 Uhr

2 K 236/20

B. - RAe Zimmerling und Kollegen ./ Ministerium für Verbraucherschutz

Streitgegenstand des Verfahrens ist die Rechtmäßigkeit einer vorzeitigen Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit eines zwischenzeitlich wieder im Dienst befindlichen Beamten.

11:15 Uhr

2 K 899/19

M. – RAe Dr. Gitzinger & Partner - ./ Gemeinde Weiskirchen

Die Klägerin ist die Witwe eines Gemeindeoberinspektors a.D.. Die ihrem Ehemann bereits zu Lebzeiten neben der beamtenrechtlichen Pension aus einem früheren privatrechtlichen Arbeitsverhältnis gewährte Unfallrente wird an sie neben dem Witwengeld als Hinterbliebenenunfallrente weitergezahlt. Mit der Klage wendet sich die

Klägerin gegen eine rückwirkende Anrechnung der Witwenunfallrente auf ihr Wittwengeld (sog. Ruhensregelung) sowie die darauf beruhende Rückforderung zu viel gezahlter Versorgung.

30.06.2022

Sitzungssaal I

09:30 Uhr

1 K 1102/20

Stadt Blieskastel - RAe Heimes & Müller - ./ Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität,
und Verbraucherschutz

Die Klägerin hat von dem Beklagten Subventionen für Pflanzungen zur Verbesserung der Struktur des Waldes erhalten. Der Beklagte ist der Auffassung, dass die Klägerin gegen eine im Zuweisungsbescheid enthaltene Auflage verstoßen hat und fordert einen Teil der bereits gewährten Subvention zurück. Die Klage richtet sich gegen den Rückforderungsbescheid.

Verantwortlich: Christoph Schmit